

Antrag

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

AntragsstellerIn: Landesvorstand, Margarete Bause (KV München-Stadt),
Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt)

Gegenstand: **Für eine menschliche Flüchtlingspolitik:
Verantwortung übernehmen,
Herausforderungen gemeinsam schultern,
Integration unterstützen**

Antragstext

1 Unter dem Eindruck der hohen Flüchtlingszahlen sehen wir derzeit in Europa eine
2 dramatische Entsolidarisierung. Anstatt die Herausforderung entschlossen und
3 gemeinsam auf der Grundlage der Werte des geeinten Europas anzupacken, erleben
4 wir einen zynischen Verschiebepbahnhof, in dem Flüchtlinge nicht mehr als
5 Menschen wahrgenommen werden, die Krieg und Terror entflohen sind, sondern nur
6 mehr als Problem, das am besten in die Nachbarländer abgeschoben werden soll.
7 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen lehnen wir ab, denn sie sind kein
8 Beitrag zur Bewältigung der Herausforderung sondern verschärfen nur das Elend
9 der Geflüchteten. Die Flüchtlinge sind damit nicht aus der Welt, sondern das
10 Problem wird nur in das jeweils nächste Land verlagert. Das Kalkül der CSU und
11 Teilen der großen Koalition, dass die Abschreckungspolitik von Orban zu einer
12 Reduzierung der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, führt, ist eine
13 Kapitulation der Menschlichkeit.

14 Die Aufgabe werden wir nur mit mehr Solidarität lösen und nicht mit weniger. Die
15 Bürgerinnen und Bürger stellen ihre Solidarität tagtäglich unter Beweis, indem
16 sie tatkräftig anpacken und Not lindern anstatt wegzusehen. Die sehr große
17 Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland reagiert mit Offenheit und
18 Hilfsbereitschaft, wie die Bilder aus München und anderen Städten und Gemeinden
19 in den letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt haben. All denen, die mit angepackt
20 haben, gilt unser Dank. Gleichzeitig muss das ehrenamtliche Engagement durch den
21 Staat besser unterstützt werden.

22 Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Es geht darum, Hilfe und
23 Unterstützung zu organisieren, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und
24 zu versorgen und ihnen die Integration in unser Land zu ermöglichen. Wir Grüne
25 stehen ohne Wenn und Aber zum Asyl als individuellem Menschenrecht. Jeder
26 Einzelfall zählt. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz
27 in unserer Gesellschaft und müssen mit allen Mitteln bekämpft werden.

28 Den Menschen, die in erster Linie als Arbeitsuchende zu uns kommen und dabei aus
29 Mangel an Alternativen den Weg des Asylantrags gehen, müssen wir Alternativen
30 anbieten. Dazu gehört es zum einen, legale Wege der Arbeitsmigration zu
31 schaffen, zum anderen die Lebensumstände in den Herkunftsländern zu verbessern,
32 insbesondere für Roma. Dafür, aber auch bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus den
33 Bürgerkriegsländern des Nahen und Mittleren Ostens sind alle europäischen
34 Staaten aufgefordert Verantwortung zu übernehmen und sich einer solidarischen
35 Lösung in Europa nicht zu verschließen. Die europäischen Regierungschefs müssen
36 umgehend ein gemeinsames Hilfsangebot vorlegen insbesondere an die Balkanländer,
37 Griechenland und Italien zur Unterstützung bei der menschenwürdigen
38 Erstaufnahme. Statt dem gescheiterten Dublin-System brauchen wir eine
39 solidarische und humane neue Regelung, um die Aufnahme der Flüchtlinge zu
40 organisieren.

41 Darüber hinaus muss die internationale Staatengemeinschaft unverzüglich und
42 entschlossen auf eine deutliche Verbesserung der Situation in den
43 Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten der Krisengebiete hinwirken. Wir
44 fordern das Land Bayern auf, in Jordanien oder im Libanon Unterstützung zu
45 leisten durch eine Vereinbarung über eine bayerische Partnerschaftsregion.

46 Wir in Deutschland und in Bayern als wirtschaftliches starkes Land sind
47 moralisch verpflichtet und faktisch in der Lage, einen substanziellen Beitrag zu
48 leisten, um die gemeinsame Aufgabe zu lösen.
49 Konkret fordern wir Grüne auf bundespolitischer Ebene:

50 **1. Asylverfahren beschleunigen**

51 Derzeit sinkt die Dauer der Asylverfahren nicht, sondern sie steigt. Die von der
52 Bundesregierung versprochene durchschnittlicher Verfahrensdauer von drei Monaten
53 liegt in weiter Ferne. Das liegt an der Unfähigkeit des Bundesinnenministers
54 endlich mehr Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
55 einzustellen. Aktuell müssen schnellstmöglich BeamtInnen aus anderen Bereichen
56 verpflichtet werden. Ein zweiter Schritt wäre es, Flüchtlingen aus Ländern mit
57 einer sehr hohen Schutzquote wie Syrien, dem Irak und Eritrea die Aufnahme als
58 Kontingentflüchtlinge zu ermöglichen. Im dritten Schritt muss das unsinnige
59 Widerrufsverfahren, das eine Überprüfung des Asylantrags nach drei Jahren
60 vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Mit diesen Maßnahmen könnte die
61 Verfahrensdauer auf ein akzeptables Niveau abgesenkt werden.

62 **2. Erstaufnahme- und Unterbringungskapazitäten ausbauen**

63 Auch mit Blick auf den herannahenden Winter muss die Anzahl der Plätze in den
64 Unterkünften deutlich erhöht werden. Das gilt für die Erstaufnahmeeinrichtungen
65 ebenso wie für den Wohnraum, den Flüchtlinge anschließend benötigen. Dafür
66 müssen schnell und unbürokratisch Bundes- und Landesimmobilien zur Verfügung

67 gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die kurzfristige Bereitstellung von
68 Notunterkünften. Die Renovierung und Herrichtung muss schnell erfolgen,
69 baurechtliche Standards sollen wo nötig abgesenkt werden, damit die Unterkünfte
70 schneller verfügbar sind. Der Bund und das Land Bayern müssen schnellstens ein
71 Wohnbauprogramm auflegen, um günstigen Wohnraum zu schaffen, der auch den
72 Wohnungsmarkt insgesamt entlastet.

73 **3. Finanzielle und strukturelle Entlastung von Ländern und Kommunen**

74 Wir begrüßen die vom Bund zugesagte dauerhafte und strukturelle Beteiligung an
75 den Kosten für Länder und Kommunen. Insbesondere die Kommunen benötigen deutlich
76 mehr finanzielle Unterstützung.

77 **4. Arbeitsmigration ermöglichen**

78 Wir begrüßen die Zusage der Bundesregierung, Arbeitssuchenden aus den Balkan-
79 Staaten eine legale Möglichkeit der Arbeitsaufnahme in Deutschland zu eröffnen.
80 Damit sind die Bürgerinnen und Bürger aus diesen Staaten nicht mehr gezwungen,
81 den (weitgehend aussichtslosen) Umweg über das Asylrecht nehmen zu müssen..
82 Gleichzeitig soll die Bevölkerung in diesen Staaten verstärkt darüber aufgeklärt
83 werden, welche Möglichkeiten und Chancen es für die Arbeitsmigration nach
84 Deutschland gibt. Für die Roma in diesen Ländern muss es im Rahmen der
85 Westbalkan-Strategie deutliche größere Anstrengungen, um ihre Lebensbedingungen
86 dort zu verbessern. Asylbewerber, die voraussichtlich keinen Schutz in
87 Deutschland bekommen, aber als Fachkraft identifiziert wurden, sollen die
88 Möglichkeit des „Spurwechsels“ bekommen; damit erhalten sie ein Aufenthaltsrecht
89 zum Zweck der Erwerbstätigkeit.
90 Deutschland braucht jetzt ein Einwanderungsgesetz, um jenseits des Asylrechts
91 Einwanderung zu regeln und zu ermöglichen.

92 **5. Integration stärken**

93 Viele der Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, werden lange hier
94 bleiben. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie möglichst gut integriert
95 sind. Gute Integration ist ein entscheidender Punkt im Hinblick auf das künftige
96 Zusammenleben. Dafür ist es zunächst nötig, dass genügend Integrations- und
97 Sprachkurse angeboten werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist von zentraler
98 Bedeutung. Die meisten Flüchtlinge wollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen
99 und unsere Unternehmen können sie gut gebrauchen, auch weil viele Flüchtlinge
100 gut qualifiziert sind. Wenn es gelingt, sie besser und schneller in den
101 Arbeitsmarkt zu integrieren, können sie nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt
102 verdienen, sondern auch einen wichtigen Beitrag für den Wohlstand des gesamten
103 Landes leisten. Leider ist das Recht derzeit eher darauf angelegt, eine
104 Arbeitsaufnahme so schwer wie möglich machen. Das wollen wir ändern. Ein erster
105 und wichtiger Schritt wäre es, die geltende Vorrangprüfung völlig zu streichen.
106 Um die medizinische Versorgung sicherzustellen, müssen endlich die Regelung für
107 eine Gesundheitskarte eingeführt werden, das ist ein Beitrag zum Abbau
108 überflüssiger Bürokratie.

109 **6. Bildung und Ausbildung sicherstellen**

110 Über die Hälfte der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die heute in München und
111 andernorts ankommen, ist unter 25 Jahre alt und ihre Zahl wird in Zukunft weiter
112 zunehmen. Der Zugang zu guter Bildung und Ausbildung ist gerade für junge
113 Menschen Anker und Zukunftshoffnung zugleich: Kita, Schule, Betrieb oder

114 Hochschule schaffen nicht nur einen neuen Alltag, sondern sichern berufliche
115 Perspektiven und sind der erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben. Deswegen
116 brauchen junge Asylsuchende möglichst schnell uneingeschränkten Zugang zum
117 deutschen Bildungssystem. Von ihrer frühen und umfassenden gesellschaftlichen
118 Teilhabe profitieren sie selbst, aber auch die Gesellschaft.
119 Es ist die Aufgabe der bayerischen Staatsregierung dafür Sorge zu tragen, dass
120 junge Asylsuchende umgehend nach ihrer Ankunft Zugang zu vorschulischer
121 Betreuung und schulischer, berufsschulischer und betrieblicher Bildung erhalten.
122 Dafür sind die Schulen und Berufsschulen des Freistaates so auszustatten, dass
123 alle Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, von Beginn an
124 uneingeschränkten Zugang zu Schulunterricht und zusätzlicher Sprachförderung
125 erhalten. Um dies zu gewährleisten, müssen die sogenannten Übergangsklassen
126 finanziell und personell ausgebaut werden. Ziel muss es darüber hinaus aber
127 sein, alle schul- und berufsschulpflichtigen Asylsuchenden möglichst schnell in
128 Regelklassen zu beschulen, um damit dem wichtigen Inklusionsgedanken in der
129 Bildung Rechnung zu tragen.
130 Wir fordern die bayerische Staatsregierung zudem auf, der Forderung der
131 Wirtschaft nach einem gesicherten Bleiberecht für die Zeit der Berufsausbildung
132 unverzüglich nachzukommen, indem sich die bayerische Staatsregierung auf
133 Bundesebene für eine rechtssichere Bleiberechtsregelung für junge Flüchtlinge
134 während der Berufsausbildung und einer anschließenden zweijährigen Berufsphase
135 einsetzt. Solange diese Bundesregelung nicht zufriedenstellend erreicht ist,
136 müssen junge Flüchtlinge in Ausbildung über eine entsprechende Landesverordnung
137 vor einer Abschiebung geschützt werden.
138 Eine besondere Herausforderung bei der Aufnahme und Integration junger
139 Asylsuchender stellt die Gruppe der minderjährigen Flüchtlinge dar. Gerade sie
140 benötigen Schutz und Fürsorge. Um die spezifischen Bedürfnisse minderjähriger
141 Flüchtlinge im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention zu gewährleisten, müssen die
142 Kommunen angemessen unterstützt und finanziell ausgestattet werden. Besonders zu
143 berücksichtigen sind dabei die Vorrangigkeit von Kindesinteressen gerade im
144 Hinblick auf ausländerrechtliche Entscheidungen sowie die konsequente
145 Verbesserung der Lebenssituation von Minderjährigen und die Gewährleistung
146 verbindlicher Standards bei der Inobhutnahme minderjähriger Flüchtlinge.

147 **Aktionsplan für Bayern**

148 Das Land Bayern ist gefordert, seinen Teil beizutragen, um die gemeinsame
149 Herausforderung zu lösen. Bayern ist ein wirtschaftlich starkes Land, die
150 Menschen sind hilfsbereit, das haben sie in den vergangenen Wochen eindrucksvoll
151 bewiesen. Wir haben genug Möglichkeiten und müssen sie nutzen, um den Weg frei
152 zu machen für adäquate Hilfe und Angebote zur Integration. In einem Aktionsplan
153 für Bayern wollen wir den hier gegebenen konkreten Handlungs- und Hilfebedarf
154 aufzeigen.

155 Im Jahr 2015 kommen geschätzt eine Million Flüchtlinge nach Deutschland, ein
156 großer Teil davon über Bayern. Bayern braucht daher ausreichende eigene
157 Kapazitäten in Ankunftscentren, von denen die Flüchtlinge dann in die
158 Erstaufnahmeeinrichtungen und andere Bundesländer verteilt werden. Die in Bayern
159 ankommenden Jugendlichen müssen besser geschützt und besser verteilt werden. Die
160 Geflüchteten müssen zudem schneller integriert werden, ihre Potentiale müssen
161 frühzeitig erkannt, gestärkt und an geeigneter Stelle eingesetzt werden.

162 Schnelles und engagiertes Handeln ist in Bayern vor allem in den drei Bereichen
163 erforderlich: Aufnahme und Unterbringung; Betreuung und Integration sowie Abbau
164 unnötiger und teurer Bürokratie.

165 **1. Aufnahme und Unterbringung**

166 Wir brauchen weitere Ankunftscentren, die wie in München im 24-h-Betrieb
167 Erstversorgung, Registrierung, medizinisches Erstscreening und Weiterleitung
168 leisten.

169 Wir brauchen weiter dringend und schnellstmöglich mindestens eine Verdopplung
170 der Erstaufnahmeplätze und -einrichtungen. Ein bayernweites
171 Liegenschaftskataster mit geeigneten Grundstücken und Immobilien, die für
172 Flüchtlingsunterkünfte geeignet sind, muss umgehend vorgelegt werden.
173 Leerstehende Kasernen, Schulen, Krankenhäuser sind umgehend zu nutzen. Anstatt
174 nur Forderungen an andere zu stellen, muss das Land Bayern sofort Immobilien aus
175 seinem eigenen Bestand zur Verfügung stellen. Hier ist bislang zu wenig
176 passiert.

177 Wir brauchen deutlich mehr Unterkünfte im Gemeinschaftssystem der Kommunen,
178 dafür muss das Land mehr Unterstützung leisten, auch bei der
179 Grundstücksbeschaffung helfen.

180 Wir wollen die Kommunen im Sinne der Solidarität verpflichten, dass sie eine
181 Anzahl von Plätzen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen, die bis zu zwei
182 Prozent ihrer Einwohnerzahl entspricht.

183 In jedem Regierungsbezirk soll es ein Ankunfts- und Kompetenzzentrum für
184 Jugendliche geben. Von dort sollen Flüchtlinge unter 18 Jahren möglichst schnell
185 bayern- und bundesweit auf Clearingstellen weitervermittelt werden. Dadurch
186 werden die Jugendämter der Landkreise entlastet.
187 Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, dass Privatpersonen geduldete
188 Flüchtlinge und Flüchtlinge im Verfahren bei sich aufnehmen können. Es gibt
189 viele Menschen, die dazu bereit sind. Sie sollen die Möglichkeit bekommen und so
190 auch zu einer Entlastung bei der Unterbringung beitragen können. Flüchtlinge,
191 die arbeiten, sollen sich generell selbst eine Wohnung suchen können.
192 Bürokratische Hürden bei der Wohnungssuche müssen fallen.

193 Wir fordern, dass Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände einen
194 internetbasierten Wohnungspool aufbauen, in dem Privatpersonen Zimmer oder
195 Wohnungen melden.

196 Um den absehbaren höheren Bedarf an Wohnungen zu befriedigen, brauchen wir eine
197 Offensive für den sozialen Wohnungsbau und mehr Mittel für die
198 Städtebauförderung zur Sanierung maroden Baubestands. Mindestens 50.000 neue
199 Wohnungen sind notwendig, um Flüchtlingen ebenso wie andere Wohnungssuchenden
200 günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und zu verhindern, dass es eine
201 Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und einkommensschwachen Teilen der Bevölkerung
202 gibt.

203 Wir fordern die CSU-Regierung auf, ein Wohnungsbauprogramm nach hessischem
204 Vorbild aufzulegen. Mit einem Darlehensvolumen von 500 Mio. Euro und
205 Zinsfreiheit in den ersten zehn Jahren können neue Sozialwohnungen gebaut und

206 Wohnungen aus dem Bestand ertüchtigt werden.

207 **2. Betreuung und Integration**

208 Integration fängt mit Bildung an: Flüchtlinge müssen ab dem Zeitpunkt ihrer
209 Ankunft in Bayern Zugang zu Bildungsangeboten bekommen. Neben der Schule und der
210 Berufsschule, müssen alle Bildungs- und Betreuungsinstitutionen unterstützt
211 werden, um Flüchtlingen einen schnelleren Zugang zu Kitas, Weiterbildung und
212 Hochschulen zu ermöglichen. Dafür benötigen die Bildungseinrichtungen und ihre
213 Beschäftigten zusätzliche personelle und materielle Unterstützung. Das bedeutet
214 vor allem, mehr Personal zu Verfügung zu stellen, die Zahl der
215 Integrationsklassen deutlich zu erhöhen und die Angebote an Integrations- und
216 Sprachkurse erheblich auszuweiten.

217 Wir fordern ein Sofortprogramm für Bildung und Förderung von Flüchtlingen. Wir
218 brauchen in einem ersten Schritt 50 Mio. Euro um 1.000 zusätzliche Lehrkräfte
219 und Fachpersonal einzusetzen; um einerseits die Sprachförderung zu
220 intensivieren, andererseits das Recht auf Berufsschulbildung umzusetzen, für den
221 Aufbau einer Sonder-Mobilen-Reserve und den Aufbau eines multiprofessionellen
222 Stützsystems.

223 Die Chancen auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sollten wir
224 unverzüglich nutzen und unbürokratisch Möglichkeiten eröffnen. Durch Jobcoaches
225 und die schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und
226 Berufsqualifikationen ist eine zügige Integration möglich. Im Bereich der
227 beruflichen Bildung könnten offene Lehrstellen mit dem 3+2-Modell besetzt werden
228 (Drei Jahre Ausbildung, zwei Jahre Berufspraxis, bei gesichertem Aufenthalt).

229 Einen unschätzbaren Beitrag für die Betreuung leisten ehrenamtliche HelferInnen.
230 Um sie und ihre wichtige Arbeit zu unterstützen fordern wir für jeden Landkreis
231 eine hauptamtliche Stelle. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen.

232 Die Asylsozialarbeit muss personell deutlich aufgestockt werden, um eine
233 angemessene Betreuung der Flüchtlinge sicherzustellen.

234 Bei der Rekrutierung des Betreuungspersonals sollen verstärkt die Kompetenzen
235 der Flüchtlinge selbst genutzt werden. Sie können eine wertvolle Hilfe bei der
236 Betreuung und Unterstützung sein.

237 Die nötigen Maßnahmen kosten zu Beginn viel Geld. Aber die Kosten sind auch
238 Investitionen, an deren Ende uns viele gut qualifizierte Arbeitskräfte zur
239 Verfügung stehen, die uns aufgrund des demografischen Wandels ansonsten fehlen
240 würden.

241 **3. Kommunen unterstützen, Bürokratie abbauen**

242 Die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge ist eine Leistung, die vor
243 allem von den Kommunen erbracht wird. Sie brauchen deshalb eine deutlich bessere
244 Unterstützung. Wir fordern die CSU-Regierung auf, die vom Bund zugesagte
245 monatliche Unterstützung in Höhe von 670 Euro pro Flüchtling weitgehend an die
246 Kommunen weiter zu reichen. Zudem brauchen die Kommunen auch einen Ausgleich für

247 die höheren Personalkosten. Die Sachkosten für die Kommunen und die Landkreise
248 müssen derzeit einzeln nachgewiesen werden, bevor sie erstattet werden. Dieser
249 enorme Verwaltungsaufwand bindet Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen.
250 Deshalb fordern wir die Umstellung auf kostendeckende, pauschale Vergütung pro
251 Flüchtling, wie dies andere Länder praktizieren.
252 Die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen lehnen wir ab, da sie zu weiterer
253 sinnloser und teurer Bürokratie führen würde.
254 Wir fordern die Streichung des Nachrangigkeitsprinzips (bis 15 Monate nach
255 Ankunft der Flüchtlinge) bei der Arbeitsaufnahme, da es nur dazu beiträgt,
256 Stellenbesetzungen zu verzögern, und eine Streichung von Arbeitsverboten.

257 Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer (Hamburg, Bremen, NRW) eine
258 Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen, mit der wir sowohl eine gute
259 Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge sicherstellen als auch den derzeitigen
260 Verwaltungsaufwand reduzieren.